

Aus der MZ Steinfurt
 Ausgabe MZ Steinfurt
 Samstag, 23. November 2013
 Seite 21
 © 2009 Verlag Lensing-Wolff GmbH & Co. KG



Absichten gefährden Energiewende

„Runder Tisch Windenergie“ übergibt Resolution an Bundestagsabgeordnete

KREIS STEINFURT. Bürgerwindparks dürfen nicht gefährdet werden, Planungssicherheit durch Einspeisevorrang und -vergütung, eine sachlichere Kostendebatte um Erneuerbare Energien und mehr regionale Strommärkte – das sind die geforderten Kernpunkte der Resolution, die Landrat Thomas Kubendorff und Vertreter des „Runden Tisch Windenergie“ drei Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Steinfurt übergeben haben. Karl Schiewerling (CDU), Anja Karliczek (CDU) und Kathrin Vogler (Die Linke) nahmen die Anregungen der Expertengruppe in Steinfurt entgegen. Die Resolution wird auch an Bundesumweltminister Peter Altmaier, NRW-Wirtschafts- und Energieminister Garrelt Duin, NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und auch an Bundeskanzlerin Merkel in je einer Ausgabe geschickt.

Grund für die Resolution sind die aktuell in Berlin stattfindenden Koalitionsverhandlungen und die daraus entstandenen Ideen zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Nach Auffassung des Runden Tisches gefährden die bekannt gewordenen Absichten der Koalitionspartner den im Kreis Steinfurt begonnenen Weg der nachhaltigen Energiewende und die Bürgerbeteiligung.

Rahmenbedingungen

„Wir benötigen für Bürgerwindparks konstruktive politische Rahmenbedingungen“, betonte Karina Buller von der Beratungsgesellschaft „NLF-Bürgerwind“ im Gespräch mit den Abgeordneten. Für das Erreichen der Ziele des Kreises Steinfurt hat die Windenergie eine besondere Bedeutung. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll von Bürgern getragen und dezentral organisiert werden.